

Bezirksverband Ruhrgebiet

Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Ennepe-Ruhr,
Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne,
Mülheim a.d. Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Unna

Newsletter 01_2026

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Verbesserung der Kommunikation untereinander und mit den Mitgliedern und Interessenten haben wir uns entschlossen, einen eigenen Newsletter vom Bezirk Ruhr herauszugeben. Angeschrieben werden die Kreisvorsitzenden und der Bezirksvorstand mit der Bitte um Weiterleitung an alle, von denen E-Mail Anschriften bekannt sind.

Senioren-Union Bundesvorstand

Liebe Mitglieder der Senioren-Union,
liebe Freundinnen und Freunde,

das neue Jahr hat turbulent wie selten begonnen: In der Weltpolitik wird vieles, was bisher als verlässlich und unzweifelhaft galt, hinterfragt und für unberechenbar erklärt. Neben Themen der äußeren und inneren Sicherheit, Stärke des NATO-Bündnisses oder geopolitischen Umbrüchen, stehen dieser Tage zusätzlich Fragen der Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaates auf der Agenda.

Die aktuelle Diskussion um die Stärkung deutscher Wirtschaftskraft gibt mir Gelegenheit, Positionen unserer Senioren-Union zu beschreiben:

Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Sozialen Marktwirtschaft als Grundlage von Wohlstand, sozialem Frieden und politischer Stabilität in Deutschland. Sie war und ist das erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell unseres Landes.

Ein leistungsfähiger Sozialstaat ist kein Selbstzweck, er lebt von einer funktionierenden, wettbewerbsfähigen Wirtschaft, in der möglichst viele Menschen nach solider Ausbildung bei zentralen gut bezahlten Arbeitsplätzen haben und mit ihrer Arbeit Werte schaffen. Genau deshalb kann die Lösung unserer Probleme nicht immer nur darin bestehen, Arbeit und die arbeitende Bevölkerung mit immer höheren Steuern und Beiträgen zu belasten – erst recht in einer Zeit, in der ohnehin schon viele Arbeitsplätze auf der Kippe stehen.



Die Vorschläge des Wirtschaftsrats zur Streichung von Sozialleistungen in dieser Form lehnen wir ab. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Pauschale Eingriffe z.B. in Renten-, Pflege- und Krankenversicherung gefährden Vertrauen und Akzeptanz. Bewährte Leistungen wie Gesundheitsversorgung unter Einschluss zahnärztlicher Leistungen oder die Mütterrente sind nicht beliebig disponibel. Wer die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme im Wesentlichen über Leistungseinschnitte definiert, verkennt ihre Bedeutung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Lebenssicherheit – insbesondere für ältere Menschen, die auf Verlässlichkeit angewiesen sind.

Andererseits gilt: Soziale Marktwirtschaft bedeutet nicht maximale Umverteilung, sondern Chancen-, Leistungs- und Generationengerechtigkeit. Ungerechtigkeiten, Fehlanreize und überflüssige Leistungen müssen daher konsequent überprüft und korrigiert werden. Ziel ist ein Sozialstaat, der Hilfe dort leistet, wo sie wirklich gebraucht wird. Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, erwartet zu Recht einen soliden und generationengerechten Sozialstaat.

Wir setzen auf sachgerechte, ausgewogene Beratungen und Beschlüsse beim anstehenden Bundesparteitag der CDU und sachgerechte, wie finanzierte Ergebnisse der laufenden Kommissionsberatungen.

Was heute politisch versprochen wird, muss auch morgen noch finanziert sein. Das ist eine Frage der Fairness gegenüber den nachfolgenden Generationen und eine Voraussetzung für den Erhalt des sozialen Zusammenhalts in unserem Land.

Ihr



Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Brief des Bundesvorsitzenden zum bevorstehenden Bundesparteitag der CDU:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Vorsitzende der Senioren-Union auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene,
der Bundesvorstand der Senioren-Union hat für den kommenden Bundesparteitag der CDU mehrere zentrale Anträge eingebracht. Sie stehen für Verantwortung, Generationengerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.*

Im Einzelnen

- 1. die Forderung nach Aufnahme des Merkmals „Lebensalter“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes als klares Signal gegen Altersdiskriminierung,*
- 2. eine nachhaltige Pflegereform mit Stärkung der Pflegeberufe, mehr Prävention und wirksamer Entlastung pflegender Angehöriger,*
- 3. eine umfassende Reform der Rentenversicherung auf Basis fairer Generationenverantwortung,*
- 4. der stärkere Einsatz für den Schutz verfolgter Christinnen und Christen weltweit,*
- 5. sowie der Ausbau des Zivil- und Bevölkerungsschutzes als Teil einer belastbaren Sicherheitsarchitektur.*

Die Anträge zu 2. bis 5. wurden von der Antragskommission des Bundesparteitages als

Forderungen der CDU beziehungsweise zur Weiterberatung angenommen.

Dies werten wir als wichtiges politisches Signal und als Chance, unsere Positionen auf dem Parteitag weiter voranzubringen.

Auch wenn der Antrag zur Aufnahme des Merkmals „Lebensalter in das Grundgesetz“ in der Antragskommission keine Mehrheit gefunden hat, halten wir es weiterhin für notwendig, dieses Anliegen in Partei und Gesellschaft präsent zu halten.

Ich bitte Sie herzlich, sich in Ihrem Bereich bei den örtlichen Delegierten zum Bundesparteitag der CDU für eine breite Unterstützung der Anträge der Senioren-Union einzusetzen. Ihre persönliche Ansprache und Ihr Engagement vor Ort sind entscheidend, um unseren Anliegen innerhalb der Partei das erforderliche Gewicht zu verleihen.

Die Senioren-Union steht mit ihren Vorschlägen für Verantwortung, Solidarität und Generationengerechtigkeit. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese Werte auch weiterhin klar in der Programmatik der CDU verankert bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Hubert Hüppe

Bundesvorsitzender der Senioren-Union

Neu bei uns in der Bundesgeschäftsstelle: Herzlich willkommen Jens Weißmann

Liebe Mitglieder und Freunde der Senioren-Union,

ich freue mich, das Team der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union als wissenschaftlicher Referent verstärken zu dürfen. Dabei werde ich insbesondere für die Öffentlichkeitsarbeit und die politische Programmatik zuständig sein.

Gebürtig aus Frankenthal in der Pfalz war mein Lebensmittelpunkt die letzten Jahre im schönen Heidelberg, wo ich an der dortigen Universität meinen Abschluss in Geschichte und Politikwissenschaften erworben habe. Beruflich durfte ich Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit am Zentrum für Wissenschaftsmanagement in Speyer sammeln und an der Deutschen Botschaft in Estland den diplomatischen Dienst kennenlernen.

Nun bin ich neugierig und blicke gespannt auf die vor mir liegenden Aufgaben und Erfahrungen.

*Ihr
Jens Weißmann*



Bundesvorstand trifft sich am 17-18.02.2026

Senioren-Union Landesvorstand

Die letzte Sitzung fand am 04.02.2026 in Düsseldorf statt.
Inhaltliches Hauptthema war unser Antrag:

Antrag an die Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union NRW am 10.10.2025

Antragsteller: Vorstand der Senioren-Union Bezirk Ruhr

Bezahlen mit Bargeld in Bussen und Bahnen muss bleiben

Die Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union NRW möge beschließen:

Der Landesvorstand der Senioren-Union NRW wird beauftragt, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um für die Seniorinnen und Senioren das Bezahlen mit Bargeld in Bussen und Bahnen in NRW weiterhin zu ermöglichen.

Der Vorstandssprecher beim VRR Oliver Wittke war dazu eingeladen und hat auch per Videokonferenz teilgenommen.

Seine Hauptargumente:

- Bargeld auch in Zukunft an den Automaten und den Kundencentern möglich
- Bargeld soll – auch im Interesse der Fahrer – aus den ÖPNV Fahrzeugen bis Ende 2026 raus
- Es soll dort stattdessen überall Bezahlmöglichkeiten mit Kreditkarte, Bankkarte und Bezahlkarte (aufladbar) geben
- 80% der Senioren würden heute schon über ein Deutschlandticket (statt Bärenticket) verfügen und daher kein Bargeld benötigen

Weiter besprochene Punkte: wenn Umstellung erfolgt, müssen Aufklärung und Schulungen erfolgen. Dies gilt auch für das sogenannte **eezy ticket**. Dies ist insbesondere bei Kurzfahrten wichtig.

Senioren-Union aus dem Bezirksvorstand vom 05.02.2026

Veranstaltung: der Bezirksvorstand über den Vorschlag der Arbeitsgruppe für eine zentrale Veranstaltung des Bezirkes Ruhr debattiert. Der Vorschlag sieht eine zentrale Veranstaltung im Rahmen des Landeswahlkampfes 2027 vor. Die damit aufkommenden Kosten wurden angeprochen und im Prinzip genehmigt.

Idee: Veranstaltung zur inneren Sicherheit mit H. Reul im Wahlkampf 2027 (März 2027?).

Vorbereitung durch Flyer und Materialien für die Kreisverbände. Hier sollten dann auch entsprechende Treffen und Veranstaltungen angeboten werden. Weiteres folgt.

Internetschulung: es sollen Schulung in Bochum zum Internetauftritt angeboten werden. Interessierte Kreisvorsitzende benennen Teilnehmer. Es erfolgt eine Vorführung in Bochum, dann können die Kreisvorstände Beschlüsse fassen (ob sie einen eigenen Internetauftritt wollen) und danach Schulung in Bochum.

Im Namen des Bezirksvorstandes wünsche ich allen weiterhin viel Gesundheit und frohes „Schaffen“ in und mit der Senioren-Union.

Juergen.lohmann@cduplus.de

Hagen, 08.02.2026
Jürgen Lohmann



Bezirksvorsitzender